

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Oberbürgermeister Paulys TOP 11 von der Tagesordnung.

Herr Jens Reinbolz wird von Oberbürgermeister Erik Pauly auf die gewissenhafte Erfüllung seines Amtes als Stadtrat mit folgendem Wortlaut verpflichtet.

„Ich gelobe Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Stadt gewissenhaft zu wahren und deren Wohl und das ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern.“

2) TOP 1-007/18 Gemeinderat - Änderung Ausschussbesetzung

Oberbürgermeister Pauly: Er führt anhand der Sitzungsunterlage in den Tagesordnungspunkt ein. Fraktionssprecher der SPD-Fraktion sei Stadtrat Gottfried Vetter, der stellvertretende Fraktionssprecher sei Stadtrat Peter Rögele.

Stadtrat Vetter: Er gibt die zukünftige Postenbesetzung bei der SPD-Fraktion bekannt.

Beschluss:

Die Postenbesetzung der SPD-Fraktion lautet nun wie folgt:

Frau Sigrid Zwetschke ist Mitglied des Technischen Ausschusses.

Frau Martina Wiemer ist Mitglied in folgenden Ausschüssen und Gremien:

- Konversionsausschuss
- Arbeitsgruppe Stadtbusverkehr
- Aufsichtsrat der Konversions- und Entwicklungsgesellschaft mbH Donaueschingen

Herr Gottfried Vetter ist Mitglied des Beirats für geheimzuhaltende Angelegenheiten.

Herr Jens Reinbolz ist Mitglied in folgenden Ausschüssen und Gremien:

Kulturausschuss
Hauptausschuss

Herr Jens Reinbolz ist Vertreter in folgenden Ausschüssen und Gremien:

- Technischer Ausschuss

- Bauausschuss
- Reitturnier GmbH
- Arbeitskreis Stadtmarketing
- Gesprächskreis Jugendfragen
- Verbandsversammlung Gemeindeverwaltungsverband
- Zweckverband Volksschule Baar
- Kindergartenkuratorium Kindergarten St. Lioba
- Partnerschaftskomitee Kaminoyama
- Partnerschaftskomitee Saverne
- Partnerschaftskomitee Vác

Der Änderung der Ausschuss- und Gremienbesetzungen wird zugestimmt.

(einstimmig)

3) TOP Bürgerfragen

Es wurden seitens der Bürger keine Fragen gestellt.

4) TOP 1-004/18 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung gefasster Beschlüsse

Beschluss: Die in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung vom 12. Dezember 2017 gefassten Beschlüsse werden bekannt gegeben.

5) TOP 3-002/18 Freiwillige Feuerwehr Donaueschingen, Einsatzabteilung Grünigen – Wahl des stellvertretenden Abteilungskommandanten

Beschluss: Der Wahl von Herrn Michael Zeller zum stellvertretenden Abteilungskommandanten wird zugestimmt.

(einstimmig)

6) TOP 3-001/18 Ernennung zum Ehrenkommandant der Freiwilligen Feuerwehr Donaueschingen

Beschluss: Herr Peter Stobbe wird zum Ehrenkommandant der Freiwilligen Feuerwehr Donaueschingen ernannt.

(einstimmig)

7) TOP 1-009/18 Annahme von Spenden - Genehmigung durch den Gemeinderat

Oberbürgermeister Pauly: Er führt anhand der Sitzungsunterlage in den Tagesordnungspunkt ein und bedankt sich bei den Spendern.

Stadträtin Riedmaier: Die Bürgerstiftung habe Spielgeräte für den Irmepark gespendet. Sie würde gerne wissen, um welche Art von Spielzeug es sich handle.

Herr Bunse: Bei dem Spielgerät handle es sich um ein hölzernes Schloss.

Beschluss: Der Annahme der in der Anlage verzeichneten Spenden wird zugestimmt.

(einstimmig)

8) TOP 1-003/18 Beteiligungsbericht 2016

Stadtrat Rösch: Der Jahresfehlbetrag in der Abbildung decke sich nicht mit den Angaben in der Tabelle. Er würde gerne wissen wie der Jahresfehlbetrag entstanden sei. Die letzten 5 Jahre sei ein Verlust erwirtschaftet worden. Er erkundige sich danach, wie dieser wieder ausgeglichen werden solle (vgl. Beteiligungsbericht 2018, S. 20).

Herr Haller: Die Verluste seien außerplanmäßigen Ausgaben geschuldet, entstanden z.B. durch einen Wasserschaden im Stadion und umfassenden Wiederherstellungsmaßnahmen im Gelände nach schlechter Witterung während des Turniers.

Dies seien einmalige Kosten, die sich in der mittelfristigen Finanzplanung nicht wiederholen sollen. Zudem befinde man sich in Verhandlungen mit dem Fürstenhaus und Escon, um Zuständigkeiten klar zu definieren.

Die Differenz der Erlöse sei auf schwankende variable Kosten - insbesondere Strom und Wasser - zurückzuführen, die den Vertragspartnern wie den Windhundfreunden und Escon vollumfänglich weiterberechnet werden.

Beschluss: Der Beteiligungsbericht 2016 wird zur Kenntnis genommen.

(einstimmig)

9) TOP 1-005/18 Amt 4 Stadtbauamt - Wiederbesetzung Stelle Amtsleitung

Beschluss: Der Gemeinderat nimmt vom aktuellen Sachstand Kenntnis.

10) TOP 1-006/18 Amt 4 Stadtbauamt Sachgebiet 46 - Wiederbesetzung Stelle Sachgebietsleitung Wasserwerk

Beschluss: Der Gemeinderat nimmt vom aktuellen Sachstand Kenntnis.

11) TOP 4-002/18 Architektenwettbewerb Kindertagesstätte Am Buchberg - Vorstellung Ergebnis

Oberbürgermeister Pauly: Er nimmt den Punkt von der Tagesordnung.
Er weise das Gremium darauf hin, dass eine Ausstellung mit allen eingereichten Arbeiten im Foyer des Strawinsky Saales in den Donauhallen stattfinden werde. Die Öffnungszeiten seien der vorliegenden Sitzungsvorlage zu entnehmen.
Hier gebe es die Möglichkeiten die Entwürfe im Detail anzuschauen. Herr Bunse sei auch vor Ort.

vertagt

12) TOP 4-020/18 Riedbrücke in Allmendshofen / Neubau - Vergabe

Herr Stadtrat Marcus Greiner ist befangen. Er verlässt den Sitzungstisch und nimmt im Zuhörerbereich Platz. Er nimmt weder beratend noch entscheidend an den Verhandlungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Oberbürgermeister Pauly: Er führt anhand der Sitzungsunterlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Stadtrat Müller: Dieser Punkt sei in der Vergangenheit bereits ausführlich beraten worden. Die für das Projekt entstanden Mehrkosten seien ärgerlich. Er hoffe, dass dem Beschlussvorschlag heute zugestimmt werde und dass die Maßnahme endlich abgeschlossen werden könne.

Die Brücke solle auch den Nutzen bringen, was an Mehrkosten angefallen sei.

Oberbürgermeister Pauly: Er stimmt Herrn Stadtrat Müller zu.

Beschluss:

1. Die Firma Meurer-Bau GmbH & Co KG, Lahr, wird mit dem Neubau der Riedbrücke zum Angebotspreis von 726.515,71 € beauftragt.
2. Der Finanzierung wird zugestimmt.

(einstimmig)

13) TOP 4-008/18 Donaustraße in Pfohren / Ufergestaltung - Vergabe

Herr Stadtrat Marcus Greiner kehrt wieder an den Sitzungstisch zurück.

Oberbürgermeister Pauly: Er führt anhand der Sitzungsunterlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Ortsvorsteher Feucht: Er stelle richtig, dass es sich bei diesem Tagesordnungspunkt um die Ufergestaltung in der Donaustraße gehe und nicht um die Gestaltung der Donaustraße.

Oberbürgermeister Pauly: Er bedanke sich bei Herrn Ortsvorsteher Feucht für den Hinweis.

Beschluss:

1. Die Firma Jäger Garten- und Landschaftsbau, Donaueschingen, wird zum Angebotspreis von 89.826,52 € beauftragt.
2. Der Finanzierung wird zugestimmt.

(einstimmig)

14) TOP 4-016/18 Technische Dienste / Neubau Streuguthalle - Vergabe Tiefbauarbeiten

Beschluss: Die Firma Hermann GmbH, Furtwangen, wird mit den Tiefbauarbeiten zum Angebotspreis von 173.734,45 € beauftragt.

(einstimmig)

15) TOP 4-001/18 Am Buchberg / Abbrucharbeiten im Strukturbereich - Vergabe Nachtrag 1

Oberbürgermeister Pauly: Er führt anhand der Sitzungsunterlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Stadtrat R. Erndle: Er würde gerne wissen, um welche Art von Schadstoffsanierung es sich bei den Abbrucharbeiten im Strukturbereich 1 handele.

Bürgermeister Kaiser: Nach Durchführung der ersten Abbruch- und Rückbauarbeiten sei erst deutlich geworden, dass zusätzliche Arbeiten zur Schadstoffsanierung aufgrund der Mehrmasse durchgeführt werden mussten. Hierbei handele es sich um beispielsweise Isoliermaterialien.

Herr Bunse: Bei der Bestandsaufnahme für die Abbrucharbeiten im Strukturbereich seien die Wohnungen noch bewohnt gewesen.

Bei den Schadstoffen handle es sich um beispielsweise teerhaltige Materialien und Asbest. Die Menge an Schadstoffen sei deutlich höher gewesen als vorerst kalkuliert worden sei.

Oberbürgermeister Pauly: Die notwendige Gesamtsumme für die Abbrucharbeiten sei trotz des Nachtrags noch relativ günstig.

Beschluss: Die Firma CK Abbruch & Erdbau GmbH, Eislingen, wird mit dem Nachtrag 1 / Schadstoffsanierung, zum Angebotspreis von 77.795,-- € beauftragt.

(einstimmig)

16) TOP 4-003/18 Gewerbegebiet Längelfeld III / Vergabe Ausgleichsmaßnahmen zur Minderung Isolationswirkung - Aufhebung Ausschreibung - Bekanntgabe Eilentscheidung

Beschluss: Die Eilentscheidung wird zur Kenntnis genommen.

17) TOP 4-004/18 Gewerbegebiet Längefeld III / Ausgleichsmaßnahmen zur Minderung Isolationswirkung - Vergabe

Beschluss:

Die Firma Thomas Kramberg, Nenzingen, wird mit den Ausgleichsmaßnahmen zur Minderung der Isolationswirkung zum Angebotspreis von 55.021,44 € beauftragt.

(einstimmig)

18) TOP 4-012/18 Kindertagesstätte Wunderfitz / Unterhalts- und Grundreinigung - Vergabe

Oberbürgermeister Pauly: Er führt in den Tagesordnungspunkt ein und weist darauf hin, dass in der Tabelle der vorliegenden Sitzungsunterlage ein Zahlendreher sei. Die Zahl laute nicht 54,91 sondern 45,91 (vgl. Sitzungsunterlage 4-012/18, S. 1, Tabelle, Wertungspunkte Produktivstunden pro Tag bei Nr.4).

In der Beschlussvorlage müsse die Zahl 2022 mit 2020 korrigiert werden, da die Arbeiten nicht 4 sondern 2 Jahre andauern.

Stadtrat Greiner: Es handle sich bei dem Angebotspreis nicht um einen Zweijahrespreis. Der vorliegende Beschluss müsse wie folgt korrigiert werden: „...zum Angebotspreis von 37.502,68 **pro Jahr** für die Dauer...“ (vgl. Sitzungsunterlage 4.012/18).

Stadtrat Rögele: Hier würde ein Wechsel der Firma Ende Februar erfolgen. Ein Kindergartenjahr und ein Schuljahr würden halbjährlich enden.

Er würde gerne wissen, ob ein halbjährlicher Wechsel der Reinigungsfirma für die Kindertagesstätte sinnvoller sei.

Herr Bunse: Es habe in der Vergangenheit mit dem Zeitpunkt des Wechsels der Reinigungsfirma noch nie Probleme gegeben.

Beschluss:

Die Firma Prior & Peußner, Osnabrück, wird mit den laufenden Unterhalts- und Grundreinigungsarbeiten zum Angebotspreis von 37.502,68 pro Jahr für die Dauer von zwei Jahren (01.03.2018 bis 29.02.2020) beauftragt.

(einstimmig)

19) TOP 4-013/18 Rathaus III, Karlstraße 58 / Unterhaltsreinigung - Vergabe

Oberbürgermeister Pauly: Er führt anhand der Sitzungsunterlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Wie bei TOP 19 müsse im Beschluss „pro Jahr“ ergänzt werden.

Beschluss:

Die Reinigungsfirma Thomas Schneider, Donaueschingen, wird mit den laufenden Unterhaltsreinigungsarbeiten zum Angebotspreis von 28.532,58 pro Jahr für die Dauer von vier Jahren (01.03.2018 bis 28.02.2022) beauftragt.

(einstimmig)

20) TOP 4-006/18 Parkschwimmbad Donaueschingen / Sanierungsmaßnahmen - Vergabe Sanitärtechnik

Beschluss:

Die Firma Gantert Gebäudetechnik, Bräunlingen, wird mit den Sanitärarbeiten zum Angebotspreis von 69.480,22 € beauftragt.

(einstimmig)

21) TOP 4-014/18 Parkschwimmbad Donaueschingen / Sanierungsmaßnahmen - Vergabe Heizungstechnik

) TOP 4-018/18 Parkschwimmbad Donaueschingen / Sanierungsmaßnahmen - Vergabe Heizungstechnik

Beschluss:

Die Firma Peter Maier, Donaueschingen, wird mit den Arbeiten zur Erneuerung der Heizungstechnik zum Angebotspreis von 71.309,76 € beauftragt.

(einstimmig)

22) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

FDP-Antrag

Anfrage zu den geplanten Windkraftanlagen „Auf der Länge“ – Antrag auf einen Sachstands-Bericht

Oberbürgermeister Pauly: Die FDP-Fraktion habe einen Antrag auf einen Sachstands-Bericht eingereicht.

Stadtrat Reith: Er bedanke sich bei der Verwaltung und resümiert den Inhalt des Fragenkatalogs. Dieser ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Die GUB-Fraktion habe den Wunsch, sich über diesen Punkt zu beraten.

Die GUB-Fraktion stelle den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag der FDP-Fraktion als extra Tagesordnungspunkt in der nächsten Gemeinderatssitzung zu beraten. Der Gemeinderat und die Bürgerschaft könnten dadurch rechtzeitig informiert werden.

Bürgermeister Kaiser: Er weise den Gemeinderat darauf hin, dass der Antrag der FDP-Fraktion die Verwaltung erst erreicht habe, als die Sitzungsunterlagen bereits gedruckt und versandt worden seien.

Oberbürgermeister Pauly: Es sei unproblematisch, den Antrag der FDP-Fraktion in der nächsten Gemeinderatssitzung als extra Tagesordnungspunkt aufzunehmen.

Stadtrat Greiner: Er schlage vor, die Beratung nicht zu verschieben. Die Stellungnahme der Stadtverwaltung könne dann nachträglich bekannt gemacht werden.

Oberbürgermeister Pauly: Er schlage vor, dass Herr Bürgermeister Kaiser bereits jetzt einige Informationen bekannt gebe, obwohl dieser Tagesordnungspunkt auch in der nächsten Gemeinderatssitzung beraten werde.

Stadtrat Reith: Er stimme dem Vorschlag von Oberbürgermeister Pauly zu.

Bürgermeister Kaiser: Beim Landtag seien Petitionen eingereicht worden. Solange über die Petitionen noch nicht entschieden worden sei, würde es auch keine forstrechtliche Genehmigung geben.

Erst nach forstrechtlicher Genehmigung würde eine Änderungsentscheidung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz durch das Landratsamt erfolgen können.

Der Petitionsausschuss solle am 6. Oktober 2017 beim Umweltministerium um eine Stellungnahme gebeten haben. Das Umweltministerium habe um eine Verlängerung der Frist bis Anfang Februar gebeten. Aus diesem Grund könne der Petitionsausschuss frühestens am 1. März 2018 tagen. Das bedeutet, dass die Hiebmaßnahmen erst wieder nach der nächsten Vegetationsperiode möglich sind.

Die Stadtverwaltung werde das Thema aufbereiten und dem Gemeinderat darlegen.

Auf der Homepage der Stadt Donaueschingen seien weitere Informationen über die Windkraftanlagen eingestellt.

Verkehrskonzept – Antrag FDP/FW-Fraktion – Zustimmung zur Aussetzung des Vollzugs

Oberbürgermeister Pauly: Am 29. Januar 2018 habe die Initiative „Wir für Donau“ zum Meinungsaustausch im Twist geladen. Die Veranstaltung dauerte circa zwei Stunden. Bei der Veranstaltung sei das Verkehrskonzept der Stadt Donaueschingen diskutiert worden.

Dort habe es eine rege Beteiligung gegeben. Es seien über 100 Besucher gekommen. Circa die Hälfte der Stadträte, Bürgermeister Kaiser und er seien als Vertreter der Stadtverwaltung bei der Veranstaltung anwesend gewesen. Er habe eine kurze Einführung gegeben und Herr Patrick Schmall, Vorsitzender des Gewerbevereins habe seine Sichtweise erläutert.

Zum späteren Zeitpunkt hätten die Bürger Fragen gestellt und Beschwerden zum Verkehrskonzept geäußert.

Das Format der Veranstaltung sei zu überdenken, da es keinen genauen Ablauf gegeben habe und keine Moderation. Herr Köster sei sehr zurückhaltend gewesen und habe lediglich Fragen zugelassen. Für Antworten hätte es keinen Rahmen gegeben.

Es habe den Anschein gehabt, dass die Bürger nach der Veranstaltung noch weniger zufrieden gewesen seien als noch zuvor.

Einer der Stadträte sei vom einem der Bürger sogar persönlich angegriffen worden. Bei der Veranstaltung herrschte „Stammtischniveau“.

Stadtrat R. Erndle: Er empfinde es als sehr positiv, dass an derartigen Veranstaltungen auch der Bürgermeister und der Oberbürgermeister als Vertreter der Stadtverwaltung erscheinen. Bei der Veranstaltung sei die Hälfte der Gemeinderatsmitglieder erschienen. Das Interesse an der Diskussion zum Verkehrskonzept sei sehr hoch gewesen. Die Gespräche zum Verkehrskonzept seien in der Stadt allgegenwärtig.

Er selbst sei nicht überrascht gewesen, dass sich die Bürger negativ zum Verkehrskonzept äußern würden. Er habe bei Gelegenheit mit den Bürgern gesprochen.

In der Veranstaltung sei deutlich geworden, dass die Bürger den Residenzbereich als Wohnbereich positiv beurteilen würden.

Alle Fraktionen hätten sich in den Sitzungen des Technischen Ausschusses und des Gemeinderats zum Verkehrskonzept bekannt.

Er schlage trotzdem vor, die Maßnahmen und Ziele zum Verkehrskonzept zu diskutieren und relevante Zahlen vorzulegen.

Es solle geregelt werden, ob das Verkehrskonzept erneut behandelt werde oder lediglich die zeitliche Abfolge der beschlossenen Maßnahmen diskutiert und gegebenenfalls geändert werden sollen.

Aus diesen Gründen stelle die FDP-Fraktion einen Geschäftsordnungsantrag.

Oberbürgermeister Pauly: Er bedanke sich bei der FDP-Fraktion für den Beitrag und weise darauf hin, dass ein Tagesordnungspunkt während der Sitzung nicht verändert werden könne. Aus diesem Grund könne in der heutigen Sitzung zum FDP-Antrag kein Beschluss gefasst werden.

Über den Antrag könne in der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung beraten und neu verhandelt werden.

Diskussionen zum Verkehrskonzept seien möglich, jedoch sei das Verkehrskonzept im Jahr 2016 beschlossen worden. Nach einer Dauer von zwei Jahren würden sich bestimmte Ergebnisse und die Reihenfolge der Maßnahmen und Beschlüsse entwickeln.

Der Gemeinderat müsse sich bewusst über die Außenwirkung sein, wenn der Beschluss zum Verkehrskonzept aufgrund von Negativstimmen, gleich geändert werde.

Er spreche sich nicht dafür aus, den lang überlegten Beschluss ad absurdum zu führen.

Stadträtin Stocker- Werb: Sie wolle die Stimmen der Bürger nicht ignorieren und ernst nehmen. Zu dem Verkehrskonzept herrsche Beratungsbedarf. Sie wünsche sich ein Signal nach außen zu geben und schlage vor, die Maßnahmen zum Verkehrskonzept zu entschleunigen. Der Verkehr könne zunächst beobachtet werden und zusätzlich Verkehrszählungen durchgeführt werden. Nach einem halben Jahr könnten die Ergebnisse offengelegt werden. Die Stimmung der Bürger würde zu negativ sein, als dass sie sie ignorieren könne.

Stadtrat Blaurock: Sollten Fraktionen Anträge stellen, so bitte er zukünftig, dass die anderen Fraktionen über den Inhalt informiert werden würden. Ohne die Kenntnisaufnahme im Voraus würde es ihm schwer fallen, den Antrag im Detail nachvollziehen zu können.

Er denke, dass die Bürger sich hinsichtlich des Verkehrskonzepts nicht ausreichend informiert fühlen.

Die Bürger würden nicht darüber Bescheid wissen, was der Gemeinderat bereits in den vorangegangenen Sitzungen zu den einzelnen Maßnahmen diskutiert und beraten haben, wie beispielsweise die Maßnahmen bei der Fürstenbergstraße.

Er schlage vor, für die Öffentlichkeit eine Abfolge der Maßnahmen aus dem Verkehrskonzept darzulegen, zusammen mit den Gründen für die jeweilige Entscheidung.

Das Büro Karajan habe ebenfalls Folgen jeweiliger Maßnahmen erläutert und dargestellt.

Die Bürger sollten sich über die genauen Sachverhalte informieren können. Möglich sei, dass die Bürger eventuell auch überfordert seien, die Gemeinderatsunterlagen nachzuvollziehen.

Aus diesem Grund sollten die Bürger an den öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats teilnehmen.

Für die Öffentlichkeit könne beispielsweise dargestellt werden, wie sich Zahlen bei der Fürstenbergstraße verändern. Im selben Zuge könne dem Bürger erläutert werden, aus welchem Grund der Gemeinderat die jeweilige Entscheidung getroffen habe.

Er schlage vor Schilder aufzustellen, um die Bürger zu leiten.

Oberbürgermeister Pauly: Er weise darauf hin, dass es sich um einen bindenden Beschluss handle. Auch die Verwaltung sei an den Beschluss zum Verkehrskonzept gebunden.

Die Maßnahme an der Hermann-Fischer-Allee sei nun fertig gestellt worden. Nun sei geplant die Tempo-20-Zone zu vergrößern.

Kurz vor der Umsetzung der Maßnahmen könnten bereits Hinweisschilder an den betroffenen Stellen aufgestellt werden. Dies müsse vorab bei der Presse angekündigt werden.

Der Antrag der FDP-Fraktion solle kommende oder übernächste Sitzung behandelt werden.

Die Fraktionen müssten einer Aussetzung des Vollzugs bis zur Entscheidung über den Antrag zustimmen, sonst gelte Vollzug der bindenden Beschlüsse.

Stadtrat Vetter: Es solle nicht grundsätzlich über das Verkehrskonzept an sich beraten werden sondern lediglich über die zeitliche Abfolge der durchzuführenden Maßnahmen, die aus dem Konzept resultieren würden. Es sei legitim, den FDP-Antrag in der kommenden Gemeinderatssitzung zu beraten. Dabei solle abgestimmt werden, ob der damals gefasste Beschluss geändert werden solle oder nicht. Es herrsche kein Zeitdruck und bei dieser Sache solle korrekt vorgegangen werden.

Stadtrat Greiner: Der Gemeinderat habe viele und lange Diskussionen zum Verkehrskonzept geführt. Es erfreue ihn nicht, dass erst zum jetzigen Zeitpunkt Einwände zum beschlossenen Verkehrskonzept kommen würden. Irgendwann müsse erkannt werden, dass der Zeitpunkt für Einwände zu spät sei.

Er weise darauf hin, dass auch für die Fassadensanierung der Stadtkirche in den kommenden Monaten eine temporäre Sperrung im Bereich der Arkaden eingerichtet werden müsse. Nur so wird der notwendige Gerüstbau möglich sein.

Er spreche sich gegen den FDP-Antrag aus. Die Diskussionen zum Verkehrskonzept hätten dafür zu lange gedauert.

Stadtrat Dr. Wagner: Die Veranstaltung habe bei ihm den Eindruck erweckt, dass bei den Bürgern starker Diskussionsbedarf zum Verkehrskonzept bestehe. In der Stadt würde zurzeit eine große Anzahl an Straßen gesperrt sein. Er finde, dass der Gemeinderat in diesem Fall keine arrogante Haltung annehmen solle.

Die Stadträte hätten gute Argumente für den damals mehrheitlich gefassten Beschluss zum Verkehrskonzept vorzubringen. In der nächsten Gemeinderatssitzung solle das Verkehrskonzept jedoch nicht diskutiert werden, lediglich die zeitliche Abfolge der Maßnahmen solle beraten werden.

In der gestrigen Veranstaltung seien Argumente dargelegt worden, die erörtert werden könnten. Die Bürger sollten an der Gemeinderatssitzung teilnehmen und somit die Möglichkeit

haben, die dortigen Diskussionen zum Verkehrskonzept anzuhören und gegebenenfalls Beiträge leisten zu können.

(Zu Stadtrat Greiner) Es sei von Nutzen, nochmals über den Punkt zu beraten. Zusammen mit Büro Karajan könnte der Beschluss von damals nochmals bestätigt werden.

Am Verkehrskonzept werde nichts verändert, sondern lediglich für die Öffentlichkeit mehr Transparenz geschaffen. Folglich sei möglich, dass die Bürger eventuell dem Gemeinderat und der Stadtverwaltung, keine Vorwürfe zum Verkehrskonzept mehr machen würden.

Herr Bunse: Im ersten Quartal sollten die Tempo-20 Schilder aufgestellt werden. Wenn im Winter der Boden einfriere, könnten keine Schilder aufgestellt werden. Die Maßnahme sei witterungsabhängig und das Wetter müsse mild genug sein um graben zu können.

Oberbürgermeister Pauly: Er bitte die FDP-Fraktion den Antrag zeitnah bei der Stadtverwaltung einzureichen. Die Grundfrage sei nun, ob der Vollzug der Maßnahme nach dieser Sitzung nun ausgesetzt sei. Die Fraktionen sollen zur Aussetzung der Maßnahmen Rückmeldung geben. Nur wenn von allen Fraktionen eine positive Rückmeldung dahingehend eingehe, dass die Maßnahmen nicht vollzogen werden solle, würde er den Vollzug aussetzen.